

- PIRATENPARTEI -

Das Medibüro Kiel hat auf Grundlage seiner Erfahrungen und seines Wissens Wahlprüfsteine zur Kieler Kommunalwahl 2013 verfasst. Die Antworten der Parteien werden veröffentlicht.

1. In unserer Stadt leben Menschen, die eine Krankenversicherung nicht bezahlen können oder aufgrund eines fehlenden Aufenthaltsstatus nicht in Anspruch nehmen können. Diese Menschen sind derzeit vom Menschenrecht auf Gesundheit ausgeschlossen. Die Bundes- und Landesebene wird in absehbarer Zeit keine Regelungen zur Abhilfe verabschieden.

a) Haben Sie ein kommunalpolitisches Konzept, um hier Abhilfe zu schaffen?

Mit den PIRATEN steht im Gesundheitswesen das Wohl der Menschen im Vordergrund und nicht die Gewinnmaximierung. Wir wollen eine Krankenversicherung schaffen, an deren Finanzierung alle Bürger beteiligt sind und Privilegien der privaten Krankenversicherungsunternehmen im Interesse einer einkommens- und vermögensunabhängigen Gesundheitsversorgung abgeschafft werden. Die von uns so erdachte Krankenversicherung steht automatisch allen Bürgern zur Verfügung. Die von Ihnen angeführten Probleme würden sich damit gar nicht stellen. Ein belastbares kommunalpolitisches Konzept der Kieler PIRATEN zur von Ihnen angesprochenen Problematik besteht derzeit noch nicht. Wir werden diese Anfrage jedoch als Anregung verstehen, in dieser Angelegenheit bei der nächsten Gebietsversammlung einen Beschluss zu treffen.

b) Welche Maßnahmen auf kommunaler Ebene werden Sie im Falle eines Wahlsieges umsetzen, um Abhilfe zu schaffen? Bzw. was hat Ihre Fraktion/Partei in Regierungsverantwortung bisher umgesetzt, um Abhilfe zu schaffen?

Wir machen unser Engagement nicht davon abhängig, ob wir die Wahl gewinnen, oder nicht. Maßnahmen, die getroffen werden müssen, können auch aus der "Opposition" heraus voran gebracht werden. Wie genau diese zu treffenden Maßnahmen auszugestalten sind, wird sich im noch zu bewältigenden Ausarbeitungsprozess im Vorfeld der Beschlussfindung heraus stellen. Es sind jedoch diverse Faktoren mit einzubeziehen, wie z.B. der zu erwartende Anstieg an Einwanderern mit der ab 2014 gewährten Freizügigkeit für Bulgarien und Rumänien. Die Landeshauptstadt steht vor einigen Herausforderungen, den Menschen ohne Krankenversicherung die Wahrung ihrer grundgesetzlich zugesicherten Menschenwürde zu ermöglichen.

c) Ist die Umsetzung dieser Maßnahmen für Sie in Koalitionsverhandlungen von entscheidender Bedeutung?

Die Piratenpartei geht keine Koalitionsverträge ein. Wir streben sachorientierte und temporal begrenzte Bündnisse an. Deswegen befinden wir uns in der komfortablen Position, keinerlei Aspekte unseres Programmes der Kompromissbildung eines Koalitionsvertrages aufopfern zu müssen. Das gilt selbstverständlich auch für die Thematik der zu versorgenden Menschen ohne Krankenversicherung.

2. In der Kampagne „Ein fairer Start ins Leben – für alle“ fordert das Medibüro Kiel eine Kostenübernahme für Schwangerschaftsvorsorge, sichere Entbindungen und die öffentlich empfohlenen Kinderimpfungen durch die Stadt Kiel.

a) Unterstützen Sie diese Forderungen?

Ja. Es darf nicht sein, dass in diesem Land die Kindersterblichkeit unmittelbar mit den finanziellen Möglichkeiten der Menschen verknüpft ist.

b) Welche Form der Kostenübernahme schlagen Sie vor? Wollen Sie dafür einen eigenen Haushaltstitel einrichten?

Die Landeshauptstadt befindet sich in einer angespannten Haushaltslage. Wir schlagen vor, dass sich die Stadt, die Krankenhäuser sowie die Ärzte an einen Tisch setzen und eine gemeinsame Lösung finden müssen.

c) Ist die Umsetzung dieser Maßnahmen für Sie in Koalitionsverhandlungen von entscheidender Bedeutung?

Siehe 1 c: Wir unterwerfen unsere Ansichten keinem Koalitionsvertrag.

3. Viele Städte haben Maßnahmen zur medizinischen Versorgung von Illegalisierten und nicht versicherten EU-BürgerInnen umgesetzt.

a) Wie wollen Sie das Menschenrecht auf medizinische Versorgung für diese Gruppen sichern?

Wie schon in Frage 1 b erläutert, muss von den Kieler PIRATEN noch ein Beschluss zum Thema gefasst werden. Wir werden jedoch keinen Unterschied zwischen nichtversicherten EU-Bürgern und nichtversicherten nicht-EU-Bürgern machen.

b) Welche Form der Finanzierung schlagen Sie vor?

Dies ist ebenfalls noch auszuarbeiten. Ein Ansatz wäre jedoch, die Finanzierung unter den Beteiligten (Landeshauptstadt und Ärzte) jeweils entgegenkommend zu regeln.

4. In Kiel, wie auch in anderen deutschen Großstädten, leben Menschen aus den neuen EU-Ländern teilweise unter sehr prekären sozialen Bedingungen. Sie haben noch keinen freien Arbeitsmarktzugang und gleichzeitig keine Möglichkeit in Notlagen Sozialleistungen zu beantragen. Auch hier sind auf EU-, Bundes- und Landesebene keine gesetzlichen Verbesserungen in Aussicht.

a) Was schlagen Sie vor, um Abhilfe zu schaffen? Bzw. was hat Ihre Fraktion bisher umgesetzt, um Abhilfe zu schaffen?

Die Piratenpartei arbeitet gerade an Forderungen in diesem Bereich. Als ersten Schritt sehen wir die Umsetzung der europäischen Sozialcharta und der sozialpolitischen Komponenten aus dem Lissabon Vertrag. Darin ist vorgesehen, dass jeder EU Bürger eine Grund- und eine Krankenversicherung erhält. Damit wäre erstmal das Größte abgesichert. Darauf aufbauen wären Forderungen nach einer EU-übergreifenden Versorgung denkbar.

5. Das Medibüro Kiel setzt sich für die Streichung oder Änderung des sogenannten Übermittlungsparagraphen (§87 AufenthG) ein. Nach unserer Ansicht wäre das die beste Möglichkeit, um sogenannte Drittstaatsangehörige ohne Aufenthaltsstatus nicht vom Menschenrecht auf Gesundheit auszuschließen.

a) Unterstützen Sie diese Forderung?

Die PIRATEN hatten schon immer große Probleme gegen die Übermittlung von Daten, ohne, dass der Inhaber derselben vorher gefragt wird.

b) Wenn ja, welche nachhaltigen Maßnahmen werden Sie umsetzen, um diese Forderung auf Bundesebene zu erreichen?

Mit einer Fraktion im Bundestag werden die PIRATEN das Thema Datenschutz und die informationelle Selbstbestimmung mit Nachdruck auf die bundespolitische Agenda setzen. Darunter könnte unter anderem auch eine Bearbeitung des Paragraphen 87 des Aufenthaltsgesetzes fallen. Als Aktive auf der kommunalpolitischen Ebene ist jedoch aus unserer Sicht keine Antwort auf diese Frage zu finden, die nicht zumindest in Ansätzen der Spekulation unterliegt.

6. Von politischer Seite wird immer wieder vorgebracht, dass die Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus und EU-Bürgerinnen nicht realisiert werden könne, weil die Haushaltslage der Stadt Kiel zu angespannt sei.

a) Wie stehen Sie zu dem „Dilemma“ Konsolidierung des Haushaltes Schuldenbremse versus Menschenrechte?

Schuldenbremsen dürfen nicht zu Versorgungsengpässen oder einer drastischen Verschlechterung der Soziale Zustände führen. Die Folgen wären unabsehbar.